

Konservator, stellt die Kulturpolitik als wesentliches Element kleinstaatlichen Seins dar. Sodann folgt ein Beitrag über die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa KSZE, dem heute umfassendsten politischen Konferenzforum Europas, dem auch Liechtenstein angehört; Botschaftsrat Graf Mario von Ledebur-Wicheln, der den KSZE-Prozess von Anbeginn aktiv mitverfolgte, unterbreitet hiezu eine eingehende Analyse. Der Ständige Vertreter Liechtensteins beim Europarat, Prinz Nikolaus von Liechtenstein, stellt den Europarat wie die Mitarbeit Liechtensteins in dieser bedeutenden europäischen Organisation freiheitlicher und rechtsstaatlicher Demokratien Europas vor. Zum Europarat zählt Liechtenstein seit 1978 als Vollmitglied. Im Zusammenhang mit der Mitgliedschaft Liechtensteins beim Europarat stehen die liechtensteinische Ratifikation der Europäischen Menschenrechtskonvention (1982) und die Mitwirkung in deren Rechtsprechungsorganen. Hiezu bieten die Beiträge von Herbert Wille, Ressortsekretär bei der Fürstlichen Regierung, und Marzell Beck eine wertvolle Einführung.

Liechtenstein ist ein Staat in einem sich weiter verflechtenden Europa. Die ehemals eher statische europäische Ordnung ist in Bewegung geraten. Vom Kleinstaat sind Umsicht und Klarheit abverlangt: Gerechtigkeit und Zustimmung im Innern, gesunde Institutionen, verantwortliches Wachsein im Verhältnis nach aussen. Was Graf Ledebur im Zusammenhang mit der KSZE schreibt, gilt auch für andere Bereiche: «Die Auffassung, Liechtenstein könne zwischen seinen beiden Nachbarn friedlich leben, es hätte mit seiner Unterschrift in Helsinki seine Pflicht getan und damit internationale Anerkennung erreicht, wie sie nun nach dem Helsinki-Gipfel nur noch nachklingen könne, diese Auffassung, dass jetzt nur noch das Frauenstimmrecht einzuführen und damit liechtensteinischerseits alles, was KSZE-Staaten von ihm fordern könnten, getan sei, diese Auffassung, sollte sie je liechtensteinisch gewesen sein, geht wesentlich an der KSZE vorbei. Sie wäre eine Verkennung der politischen Realität... Eine solche Verkennung würde einen Abstieg vom Helsinki-Gipfel bedeuten, der sich aussenpolitisch und souveränitätspolitisch auf Liechtenstein wohl negativ auswirken könnte.» Liechtenstein wird fortdauernd der Anstrengung seiner Bürger und Einwohner bedürfen.

Vaduz, im Mai 1984

*Gerard Batliner*